

„Liechtenstein punktet als Oase der Stabilität“

Interview S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein mit
Herrn Martin Frommelt, Chefredaktor Liechtensteinischer Rundfunk

1. Januar 2011

Liechtensteins Staatsoberhaupt, Landesfürst Hans-Adam II., beurteilt die derzeitigen Rettungsaktionen im Euro-Raum sehr kritisch. Es sei der falsche Weg, marode Staaten mit Krediten zu stützen, sagte der Monarch am 1. Januar im Neujahrsinterview des liechtensteinischen Landessenders RADIO L. Vielmehr müsse man solche Staaten pleite gehen lassen; durch den Verkauf von Staatsvermögen sollen diese wieder auf eigene Beine kommen.

Die aktuelle Verunsicherung im Euro-Raum wirkt sich indes nach Aussage des Landesfürsten positiv auf den Finanzplatz Liechtenstein aus. Auf Grund der im zweiten Halbjahr 2010 verstärkten Neugeldzuflüsse könne man bei den liechtensteinischen Banken von einer Trendwende sprechen.

Trendwende am Bankenplatz Liechtenstein

Erstmals seit den Finanzplatz-Angriffen von 2008 und dem Wechsel zur Weissgeld-Strategie konnten die beiden grössten Liechtensteiner Banken, die Landesbank und die Fürstenbank LGT, im ersten Halbjahr 2010 wieder ansehnliche Zuflüsse (1,5 resp. 1,1 Mia. Franken) verbuchen. Dieser Trend hat nach Aussage des Landesfürsten im zweiten Halbjahr angehalten: „Wie ich bei unserer eigenen Bank gesehen habe, hat sich das recht deutlich verstärkt. Deshalb bin auch zuversichtlich, dass wir 2011 erfolgreich sein werden. Ich würde sagen, dass es im Bankensektor eine Trendwende gegeben hat. Wir haben eine Banken-Neugründung gehabt, und keine unserer Banken musste in den Krisenjahren gerettet werden: das ist natürlich verglichen mit vielen anderen Staaten eine sehr gute Leistung.“

„Oase der Stabilität“

Die zunehmenden Zuflüsse zeigen nach Ansicht des liechtensteinischen Staatsoberhauptes, dass die Vermögensverwaltung eine Renaissance erlebt. Dass es verunsicherte Investoren aus dem Euro-Raum wieder vermehrt nach Liechtenstein zieht, liegt laut Landesfürst Hans-Adam II. an den Rahmenbedingungen in Liechtenstein: „Es ist sicher richtig, dass wir hier eine Oase der Stabilität sind. Unser Staat ist nicht verschuldet, wir haben auch in den Gemeinden hohe Reserven und die Banken sind grosszügig mit Eigenkapital ausgestattet. Sowohl wirtschaftlich, wie politisch und sozial sind wir mit unserer niedrigen Arbeitslosenquote eine Oase der Stabilität. Wir können darum mit Zuversicht in die Zukunft blicken.“

Am 1. Januar ist in Liechtenstein auch das neue Steuerrecht in Kraft getreten, durch das man sich neue wirtschaftliche Impulse verspricht. Gegenüber dem liechtensteinischen Landessender sagte der Landesfürst, dass das Land aber auch hinsichtlich des ausgetrockneten Arbeitsmarktes dringend über die Bücher gehen müsse: „Wenn wir uns weiter entwickeln wollen, dann brauchen wir gerade für qualifizierte Kräfte eine liberale Zuwanderungspolitik. Ich halte das für eine Notwendigkeit, denn damit sichern wir ja auch die Arbeitsplätze für die Liechtensteiner.“

Euro: „Seriöse Politik betreiben!“

Hinsichtlich der europäischen Einheitswährung zeigt sich Liechtensteins Landesfürst verhalten zuversichtlich: „Ich glaube, dass der Euro überleben wird, wie auch der Dollar die verschiedensten Krisen überlebt hat. Ich glaube auch nicht, dass es zu Austritten kommen wird. Der Euro wird aber weiter an Wert verlieren - es sei denn, man entschliesst sich, wirklich eine seriöse Politik zu betreiben und rettet nicht irgendwelche Länder mit Krediten! Dann muss halt ein Staat wie Griechenland oder Irland Staatsvermögen verkaufen; beispielsweise muss man dann Staatsbetriebe verkaufen, die oft in hohem Masse Defizite verursachen: Da gibt es keinen Grund, dies nicht zu privatisieren.“ Für einen falschen Weg hält es der Landesfürst, aufgrund der Euro-Krise die politische Integration im Euro-Land zu vertiefen. Dazu Hans-Adam II: gegenüber RADIO L: „Davor würde ich warnen! Im Gegenteil: die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank muss gewahrt bleiben. Die Zentralbank darf auch nicht herangezogen werden, um irgend welche Rettungsaktionen zu finanzieren. Vielmehr müssen diese Staaten im eigenen Haus aufräumen. Man muss Staaten auch im Euro-Raum pleite gehen lassen, schliesslich hat es in der Geschichte ja immer wieder Staatspleiten gegeben. Mit der jetzt angelaufenen Gelddruckmaschine wird nur die Inflation angeheizt und der Finanzwelt Sand in die Augen gestreut. Da muss man hart sein und einem Staat sagen, dass er pleite geht und dann halt die Konsequenzen zieht und Staatsvermögen verkauft. Dann muss er zum Beispiel das Telekommunikationsnetz oder andere Bereiche privatisieren.“

Das ganze Neujahrs-Interview von RADIO L kann im Internet nachgehört werden unter www.radio.li